

Die politische Kultur des selbstbestimmten Gemeinwesens

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit unserem Schreiben zum 1. August regen wir wieder an, bewusst über das Wesen unserer Direkten Demokratie nachzudenken. Als selbstbestimmte, freie und eigenständige Schweizer Bürgerinnen und Bürger wollen wir uns bis zum heutigen Tag im Kleinen und im Grossen selbst verwalten. Deshalb ist es auch nötig, dass wir uns als verantwortungsbewusste Bürger immer wieder klar vor Augen halten, welche Aufgaben sich uns stellen und welche wir lösen müssen, damit unser Gemeinwesen zum Wohl aller gedeihen kann.

1.–August–Feiern als Symbol für unsere politische Kultur

Unsere politische Kultur zeigt sich symbolisch am Nationalfeiertag. Wir feiern ihn in fast allen unseren kleinen und autonomen Gemeinden. Also im Kreis von Mitbürgern, mit denen wir zusammen ganz offensichtlich den Volkswillen bilden können und wollen. Es kommt nicht auf geschliffene Reden an, sondern auf die Fähigkeit, den sozialen Konsens zu erfassen, zum Ausdruck zu bringen und die besonders anspruchsvolle schweizerische Kultur der Direkten Demokratie zu stärken. Zu dieser gehört der verantwortungsvolle, eigenständige Bürger, das freie und ehrliche Gespräch unter Gleichen und das Bemühen aller um das Allgemeinwohl.

Es gibt keine zentrale Nationalfeier mit Pomp und Zeigen militärischer Stärke, denn die Direkte Demokratie lebt nicht von Demonstrationen eingebildeter Grösse und Macht, sondern von der ständigen Aufmerksamkeit aller Bürger für ihre eigenen Angelegenheiten und der Suche nach den besten Lösungen. Deshalb finden sich auch unwesentlich mehr Zuhörer ein, wenn Bundesräte in den Dörfern reden.

Sehr oft findet die Feier mit einem „Buurezmorge“ auf einem Bauernhof statt. Schon die Art der Veranstaltung zeigt, dass erstens die eigene Ernährung die Grundlage der Freiheit ist, zweitens vor allem der unspektakuläre tägliche und verantwortungsvolle Einsatz (der Bauern und anderer) für das Allgemeinwohl die Gesellschaft trägt und drittens das Einfache im Äusseren der inneren Kraft und der Gemeinschaftlichkeit den notwendigen Raum gibt.

Viele Städter und Ausländer erfassen diese Kultur der bescheidenen, aber kraftvollen Selbstbestimmung nicht, weil sie zu wenig aufsehenerregend und grossartig daherkommt, weil sie von den Medienschaffenden und Politikwissenschaftlern in ihrer Bedeutung selten erkannt und beschrieben wird und weil sie den Schweizerinnen und Schweizern so selbstverständlich ist, dass sie meinen, darüber gar nicht reden zu müssen.

Erhaltung unserer Kultur der Direkten Demokratie

Unser Verein hat sich aus diesen Gründen 2002 gegründet und will diese Kultur der Direkten Demokratie beschreiben, vermitteln und erhalten. Wir sind der Überzeugung, dass dies dringend geleistet werden muss, denn durch verschiedene Einflüsse wird uns das städtisch-anonyme, grossflächige, obrigkeitliche und effizient verwaltete (Kunden-)Leben schmackhaft gemacht, in der die direktdemokratische Bürgerkultur weniger verankert ist. Zudem ist es unsere Aufgabe, den rund 1 Million Immigranten, die in den letzten 10 Jahren zu uns gekommen sind, alle Facetten unserer direktdemokratischen Kultur zu erklären und nahe zu bringen. Gelingt uns diese Erneuerung nicht, zerfällt unsere anspruchsvolle Kultur, die ausdrücklich auf die geistige und reale Mitarbeit der grossen Mehrheit angewiesen ist. Die Immigranten können nichts dafür, dass sie in zentralistischen, autoritären oder scheidemokratischen Staaten und Kulturen aufgewachsen sind und sie die notwendigen freiheitlichen und gemeinwohltauglichen Einstellungen für die Direkte Demokratie meist nur in den Ansätzen aus ihren – oft sehr gepflegten – (Gross-)Familien kennen. Einheimische, die sich jedoch als besserwisserische Manipulateure des „dummen Volkes“ aufführen, müssen in ihre Schranken verwiesen werden, denn sie sind es, die der Direkten Demokratie die Basis nehmen.

Beleuchten wir im folgenden einige Aspekte unserer politischen Kultur des selbstbestimmten Gemeinwesens:

Das Volk - der Souverän

Das Schweizervolk hat mit seiner ausgeprägten Form der Selbstorganisation im Lauf der Jahrhunderte eine grosse kulturelle Leistung vollbracht, indem es trotz aller Wirren bis heute den freien Zusammenschluss verantwortungsbewusster Bürger in verschiedenen Gestaltungsformen gelebt hat und lebt. Dazu gehören nicht nur die speziellen Institutionen, sondern eine besondere Einstellung zum gesellschaftlichen Leben und zum Mitbürger. Diese erlaubt es, dass jeder einzelne Bürger wirklicher Bürger und das Volk tatsächlich der Souverän ist. Das Volk ist also letzte Instanz für die Entscheidung, was im Zusammenleben gelten soll. Dahinter steht die Annahme, dass jeder mit Vernunft und Würde ausgestattet ist und das Leben als mündiger Bürger mit anderen zusammen und ohne privilegierte Autoritäten bestimmt. Der politische Wille der Allgemeinheit ergibt sich aus den Überlegungen der Bürger und vielen Gesprächen untereinander, für die eine gewisse Zeit vorhanden sein muss. Um dieses Gespräch anzuregen, werden Gesetzesvorschläge von demokratisch gesinnten Behörden in die Vernehmlassung geschickt. Der Abschluss dieser Bildung eines allgemeinen Willens zeigt sich ganz offensichtlich im freien Austausch an einer Gemeindeversammlung – die deshalb besonders würdig und jeden achtend zu begehen ist – und in den Abstimmungen zu verschiedenen Sachfragen an der Urne.

Soziales Interesse – Kriterium für die Bedeutung eines Gesetzesvorschlags

In unserer Vorstellung ist die Gesamtheit der Bürger dafür zuständig, ob ein Vorschlag von einzelnen oder von Gruppen – und sei er noch so gut gemeint – dem sozialen Interesse entspricht. Wir unterstellen zwar ebenfalls, dass es grundsätzliche Rechte der Menschen gibt, die sich aus der Geburt und aus der sozialen und kooperativen Natur des Menschen ergeben bzw. von Gott gegeben sind. Wir meinen jedoch, dass die Entscheidung darüber den Bürgern überlassen sein muss. Wir wissen zwar auch, dass der zum Ausdruck gebrachte Bürgerwille falsch, also untauglich für ein anstehende Probleme sein kann. Aber immerhin weiss man, mit welchen Argumenten eine solche Entscheidung zustande gekommen ist, was daraus zu

lernen ist oder gegebenenfalls, wem man fälschlicherweise vertraut hat. Deshalb beschreiben wir auch im weiteren, was es im freien Zusammenleben braucht, damit dieser Bürgerwille am ehesten im Sinne des Allgemeinwohls ausfällt.

Der frei gebildete Bürgerwille – bester Ausdruck der Vernunft

Wir meinen, dass dieser Bürgerwille viel mehr als alle anderen Möglichkeiten im Sinne der Vernunft ausfällt. Wir meinen, dass es keine moralische oder politische Elite gibt, die besser entscheiden kann als die Gesamtheit der Bürger, seien es UN-Konferenzteilnehmer oder Juristen an irgendeinem Gerichtshof, seien es Parlamentarier oder besonders engagierte Führer von Nichtregierungsorganisationen, seien es (Umwelt-)Wissenschaftler oder andere Experten, seien es ausgebildete und engagierte Berater oder auserwählte Könige oder Religionsführer. Wir denken, dass von allen diesen Gruppen Beiträge und Informationen zur Willensbildung kommen können, die der Entscheidungsfindung dienen. Aber nicht mehr.

Erstens müssen die Gesetze von denjenigen Bürgern selbst bestimmt sein, die sich als selbstbestimmte Einheit definieren und deshalb diese einhalten sollen und wollen. Sonst wären es nicht die eigenen Gesetze, die man zumindest zum grösseren Teil aus Einsicht einhält und nicht aus Angst vor Strafe. Übernahme von Vorschriften und Vereinbarungen aus der EU oder der UNO, aus anderen internationalen Konferenzen, aus Mitgliedschaften in internationalen Organisationen wie der WTO stehen dem direktdemokratischen Gedanken völlig entgegen. Deshalb darf es keine Verträge geben, die vorschreiben, anderweitig beschlossenes Recht ohne Willensbildung der Bürger zu übernehmen. Der Artikel in der Bundesverfassung, dass internationales Recht vor dem selbstbestimmten Vorrang hat, müssen geändert werden.

Zweitens sind wir der Meinung, dass eine kleine Anzahl von Menschen (Elite) leichter zu beeinflussen oder gar zu bestechen ist als die ganze Bevölkerung und diese zudem einer eigenen Dynamik der Meinungsbildung in ihrer Elite unterliegen.

Drittens liegt es in der Natur der Sache, dass eine kleine Gruppe von Menschen, die sich mit einer grossen Anzahl von Problemen befasst, sehr viel vernachlässigt oder nicht berücksichtigt. Deshalb ist es am besten, die gesamten Fähigkeiten und das Wissen von einzelnen zu den verschiedenen Sachthemen zur Geltung bringen zu lassen mit den entsprechenden institutionellen Formen, um das beste Ergebnis zu erhalten.

Volkssouveränität statt Behördenmanipulation

Wir haben also Vertrauen in die Fähigkeiten der Bürger zur Selbstregierung. Voraussetzung ist allerdings, dass der freie Austausch von Meinungen gewährleistet ist. Dieser freie Austausch kann behindert sein durch mangelnde Zivilcourage der Bürger, durch mangelnde oder einseitige Information von Behörden und Medien und durch Diffamierung von anderen Meinungen. Die Behörden können ihre Funktion nur ausüben, wenn sie im Konsens mit den Bürgern stehen und den Volkswillen erkennen und umsetzen wollen. Wenn sie sich als Lehrmeister der selbstbestimmten Bürger aufspielen, muss das Volk eingreifen. So musste man den uneinsichtigen Bundesräten 1949 ihre Sonderrechte aus dem 2. Weltkrieg wieder entziehen. Heutzutage nimmt sich der Bundesrat heraus, mit massiver Einflussnahme vor den Volksabstimmungen den Volkswillen zu kanalisieren. Die den Volkswillen ausführende Behörde darf und kann jedoch nicht gleichzeitig Partei sein. Wir unterstützen deshalb ein Ja zur Volksinitiative „Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“ in den nächsten Monaten, (www.freie-meinung.ch), um so der unverfälschten Bildung des freien Volkswillen wieder Geltung zu verschaffen.

Entscheidungskompetenzen nahe beim Bürger

Um den Anspruch zu verwirklichen, dass der Bürgerwille zum Ausdruck kommt, braucht es generell eine politische Struktur von kleinen Einheiten, der möglichst viele Kompetenzen zustehen.

Familie

Möglichst viele Aufgaben sollen in der Sphäre freier Zusammenschlüsse geregelt werden, vor allem in der Familie als grundlegender Einheit, die das freie und verantwortungsbewusste Zusammenleben im engsten Kreis pflegen und einüben kann und sollte. Besonders in diesem Rahmen muss jedes Mitglied die Genugtuung erleben können, die es mit sich bringt, wenn man füreinander denkt und seine eigenständige Persönlichkeit im Mittun für das allgemeine Beste entwickelt, vor allem wenn die Kleinfamilie mit anderen zusammen das Leben gestaltet.

Freie Assoziationen

Möglichst viele Aufgaben sollen aber auch in der Nachbarschaft, in Genossenschaften, Kooperationen, Vereinen, Berufsorganisationen und anderen Vereinigungen gelöst werden. Mit diesen freien Assoziationen liegt die Verantwortung in der Hand verschiedener Bürger, die sich deshalb einer Sache speziell annehmen wollen und können und gleichzeitig die Möglichkeit gewährleisten, dass viele Aufgaben aus freien Stücken zum Wohl aller geleistet wird und nicht von Berufs wegen.

Gemeinden

Die Gemeinden sollen möglichst klein sein, damit dort der Souverän am direktesten seine Angelegenheiten regeln kann, die überblickbar sind. In den Gemeinden soll möglichst vieles entschieden werden. Gemeinden können keine Verwaltungseinheiten sein, sondern stellen die Basis des direktdemokratischen Gemeinwesens dar. Die Gemeinden ziehen deshalb auch die Steuern ein. Kompetenzen, die nicht der Gemeinde zugeschrieben sind, sondern Kanton oder Bund, sollten unserer Meinung nach alle 10 Jahre neu überlegt und begründet werden müssen.

Der Zusammenschluss von Gemeinden erschwert die demokratische Willensbildung eigenständiger Bürger und tendiert zum Ausbau von Bürokratie, die ebenfalls tendenziell demokratiefeindlich ist. Vor allem wenn er nicht aus einem gewachsenen Zusammenkommen – und wirken entsteht, sondern aus z.B. raumpolitischen Überlegungen einiger Bürokraten, die die Bevölkerung nach ihrem Gusto neu einteilen wollen. Insbesondere muss der Entscheid von den Gemeinden selbst getroffen werden. Auch eine Glarner Landsgemeinde soll deshalb nicht den freien Gemeinden vorschreiben können, ob sie sich zusammenschliessen wollen oder nicht. Aus direktdemokratischen Gründen begrüßen wir deshalb die Volksinitiative in Glarus, die den Gemeinden ihre Gemeindefreiheit zurückgeben will.

Bestreben, das Allgemeinwohl zu verwirklichen

Da wir den Menschen als soziales Wesen betrachten, das nicht nur seine eigenen Interessen anzustreben in der Lage ist, glauben wir auch, dass prinzipiell jeder das Allgemeinwohl anstreben und erkennen kann. Wir nennen uns Eid-Genossenschaft, also ein freiwilliger Zusammenschluss zum besseren Leben für alle. Deshalb brauchen wir weder einen Kampf um die Durchsetzung der jeweils egoistischen Interessen noch eine zivilisierte Form davon. Wir

brauchen stattdessen eine Kultur, in der man gewohnt ist, das Allgemeinwohl über die eigenen Interessen in den Vordergrund zu rücken. Das beginnt in den Familien, in denen unsere Kinder erleben sollen, dass es Freude macht, sich dem anderen zuzuwenden und sich für das Allgemeine zu interessieren. In der Schweiz wissen viele, dass der wirtschaftliche Erfolg eines Betriebes, ob privat oder genossenschaftlich organisiert, vom Beitrag jedes einzelnen abhängt und deshalb auch jedem mit gehört. Es geht deshalb nicht, diesen gemeinsamen Erfolg einfach als Aktienpaket oder anders zu verkaufen und sich daran zu bereichern. Es ist nicht zulässig, dass einzelne Manager sich Privilegien und exorbitante Löhne sichern. Das zerstört die Bereitschaft, gemeinsam für das allgemeine Wohl tätig zu sein und eigene Interessen zurückzustellen. Wir unterstützen deshalb die Volksinitiative gegen Abzockerei und bitten Sie, diese zu unterschreiben (<http://trybol.ch/abzockerei/>).

Wir hoffen, Ihnen auch dieses Jahr wieder Denkanstösse und Grundlage zur Diskussion gegeben zu haben. Ganz besonders würde es uns freuen, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen per Telefon, per elektrische Post, persönlich, ganz wie es passt. Eine reger Austausch unter freien Bürgern dient dem Erhalt dieser wertvollen gewachsenen Direkten Demokratie. Falls Sie mit uns die Direkte Demokratie unterstützen wollen, legen wir auch einen Einzahlungsschein bei. Wir danken Ihnen für jeden Beitrag.

Meilen, 21. Juli 2007

Mit freundlichen Grüssen

Diethelm Raff
Präsident

Lilly Merz
Vizepräsidentin

Falls Sie gerne von uns regelmässig über e-mail informiert werden wollen, schicken Sie uns bitte Ihre Adresse: info@direkte-demokratie.ch